Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. O. Hammann.

Berlin, Freitag, den 24. November 1893.

Ueber eine Million.

In der Thronrede vom 16. November d. J. war die Genugthuung der Nation über die glückliche Erledigung der Militärfrage erwähnt worden. Sofort waren socialdemokratische und volksparteiliche Blätter bei der Hand mit der Behauptung, daß bei der Wahl am 15. Juni angeblich „über eine Million" Stimmen mehr gegen als für die Militärvorlage abgegeben worden seien

Diese Rechnung beruht darauf, daß man einerseits die Stimmen der Konservativen, der Reichspartei, der Nationalliberalen, der freisinnigen Vereinigung, der Polen und der Antisemiten und andererseits die Stimmen der freisinnigen Volkspartei, der süddeutschen Volkspartei, des Centrums, der Socialdemokraten, der Dänen, Welfen und Elsässer zusammengezählt hat. Aber die Rechnung stimmt nicht. Wie viele Wähler der freisinnigen Volkspartei für die Militärvorlage waren und nur aus alter Gewohnheit, um der Fahne treu zu bleiben, so gewählt haben, läßt sich nicht ermitteln und nicht schätzen. Ausgesprochenermaßen aber sind viele Centrumswähler für die Militärvorlage eingetreten, zunächst die Wähler der Abgeordneten Prinz Arenberg und Decan Lender, die am 6. Mai und am 15. Juli für die Militärvorlage stimmten, dann aber auch die Wähler für unterlegene militärfreundliche Kandidaten des Centrums, wie den Frhrn. v. Huene, die Kandidaten des westfälischen Bauernbundes 2c. Dieser militärfreundlichen Stimmen des Centrums sind es nach der Statistik rund 159 000. So viel müssen in der Rechnung von der militärfeindlichen Seite abgezogen und der anderen zugezählt werden, woraus sich eine Differenz von mehr als 300 000 Stimmen ergiebt.

Schon deshalb ist es mit der Millionenlegende nichts. Ferner aber kommt in Betracht, daß 3 Millionen Wahlberechtigte überhaupt nicht gewählt haben. Eine Theilung dieser 3 Millionen je zur Hälfte in Anhänger und Gegner der Reform verbietet sich deshalb, weil die Opposition im Allgemeinen viel intensiver gewählt hat, das will sagen, daß die Oppositionsparteien einen größeren Procentsatz ihrer Anhänger an die Wahlurne gebracht haben, als die anderen Parteien. Das gilt besonders von der größten aller Parteien, der socialdemokratischen, die in 386 Wahlkreisen von 397 Kandidaten aufstellte und so ziemlich ihren ganzen bewußten und unbewußten Anhang auf die Beine brachte. Sie hat also jedenfalls an den 3 Millionen Wahlberechtigten, die nicht gewählt haben, den allergeringsten Antheil. Auch Centrum und Volkspartei hatten von Zählkandidaturen einen reichlichen Gebrauch gemacht, während die militärfreundlichen Parteien fast ganz darauf verzichteten, in aussichtslosen Wahlkreisen ihre Anhänger zu zählen.

Endlich aber spricht die Thronrede nicht von der Stimmung, wie sie im Juni und Juli d. J. war, sondern wie sich nach der Annahme der Militärvorlage gezeigt hat. Und da ist es ganz unbestreitbar, daß nicht nur die große Mehrzahl der Gleichgültigen unter den 3 Millionen, die von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht hatten, sondern auch viele ehemalige Gegner der Militärreform heute herzlich froh über die Verstärkung unserer Wehrkraft sind. Die Gefahren für den Frieden und das Reich sind mittlerweile gewiß nicht größer geworden, haben sich aber manchem Auge klarer gezeigt.

Das Rechenkunststück von der Million ist daher nur ein trauriger Nothbehelf verbissener Gegner der verstärkten Wehrkraft, der die von der Thronrede erwähnte Genugthuung der Nation nicht erschüttern kann und darf.

Die Weinsteuer.

Zu den Steuern, welche in Aussicht genommen worden sind, um die finanziellen Bedürfnisse des Reichs zu befriedigen, und die in erster Linie zur Deckung der Kosten für das neue Heeresgesetz, dann aber zur Neuordnung des Finanzwesens des Reichs dienen sollen, gehört neben der Tabackfabrikatsteuer und der Erweiterung der Reichsstempelabgaben die Weinsteuer. Eine Weinsteuer hat bisher von Reichswegen noch nicht bestanden; von den Einzelstaaten besteuern nur Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen den Wein. Wenn der Wein zur Deckung des öffentlichen Ausgabebedürfnisses im Reich nicht herangezogen wird, während auf Bier und Branntwein erhebliche Steuern lasten, so ist diese Ungleichheit in der Besteuerung des Getränkeverbrauchs namentlich deshalb unbillig, weil die Steuerfreiheit des Weins, von den geringsten Sorten abgesehen, im Großen und Ganzen den leistungsfähigeren Schultern zu Gute kommt. Eine Ergänzung des bestehenden Getränkesteuersystems durch Einführung einer allgemeinen Weinbesteuerung erscheint deshalb als eine Forderung ausgleichender Gerechtigkeit.

Was von den Getränkesteuern gilt, gilt in erhöhtem Maße von der Weinsteuer. Sie trifft einen Gegenstand des allgemeinen Verbrauchs, der aber nicht zu den nothwendigen Nahrungsmitteln, sondern zu den Genußmitteln gehört, welche mehr oder weniger entbehrlich sind, ja als Mittel gesteigerten Lebensgenusses einen Gegenstand des Luxusverbrauchs bilden. Wenn die breiten und großentheils unbemittelten Bevölkerungsschichten durch die Biersteuer und vorzugsweise durch die Branntweinsteuer belastet werden, so erscheint eine Besteuerung des „Getränks der Wohlhabenden" als eine nothwendige Ausgleichung geboten.

Nun aber bietet die Erhebung einer Abgabe vom Weinverbrauch in technischer Beziehung besondere Schwierigkeiten. Der Wein wird nicht in großen Fabriken, sondern in tausenden von kleinen landwirthschaftlichen Betrieben ohne besondere fabrikartige Einrichtungen erzeugt, die Behandlung und die Vermehrung des Products in den Kellern der Hersteller und Händler erschweren die sichere und vollständige Erfassung des Steuerobjects; die bei steuerpflichtigen Gewerben üblichen Controlen über den Betrieb und die Erzeugung der zu versteuernden Producte versagen in diesem Falle. Eine Steuer auf die Herstellung des Weins würde ferner nur den inländischen Naturwein treffen und zunächst dem Winzer zur Last fallen, eine auf den Kleinverkauf und Ausschank beschränkte Abgabe würde die Heranziehung desjenigen Verbrauchs in Privathäusern unmöglich machen, der vorzugsweise auf eine besondere Leistungsfähigkeit der Consumenten schließen läßt.

Die geplante Reichsweinsteuer will, um diesen Schwierigkeiten zu entgehen, den fertigen Wein besteuern und zu diesem Zwecke der Regel nach an bestimmte Acte des Weinverkehrs anknüpfen, die dem Verbrauch vorhergehen müssen. Der dem Reichstag vorgelegte Gesetzentwurf erklärt daher diejenigen Einlagen (Einkellerungen) und Versendungen für steuerpflichtig, bei denen der Wein, sei es vom Auslande oder vom inländischen Hersteller oder Großhändler an einen Kleinhändler oder Verbraucher gelangt. Steuerpflichtig sind der Kleinhändler oder der Verbraucher. Der Winzer ist hiermit von der Verauslagung der Steuer befreit und gegen die Rückwälzung der Steuer thunlichst geschützt. Aber nicht jede Versendung soll steuerpflichtig sein, vielmehr ist die wiederholte Besteuerung desselben Weins von vornherein ausgeschlossen, obwohl eine Doppelbesteuerung möglich ist, wenn z. B. versteuerter Wein an den Großhändler kommt und von Letzterem wieder an steuerpflichtige Personen weitergegeben wird. Ferner unterliegt auch nicht jeder Wein der Besteuerung durch das Reich, vielmehr bleiben die geringeren, in den Erzeugungsbezirken den Gegenstand des allgemeinen Verbrauchs bildenden Weine im Werth von 50 Mark für das Hectoliter von der Reichssteuer befreit.

Die Steuer, welche im Reich eingeführt werden soll, wird eine procentuale Werthsteuer sein und sich bei Naturweinen auf 15 pCt. vom Werth, bei Schaumweinen auf 20 pCt., bei Kunstwein auf 25 pCt. belaufen, in letzterem Falle aber mindestens 15 Mark für das Hectoliter betragen. Diese Sätze erscheinen nicht zu hoch; die

stärkere Besteuerung des Schaumweins rechtfertigt sich dadurch, daß er durchschnittlich in höherem Grade einen Gegenstand des Luxusverbrauchs bildet, die stärkere Besteuerung des Kunstweins soll dem Winzer Schutz gegen die bedrohliche Concurrenz der Kunstweinfabrication zu Theil werden lassen, wodurch die etwaigen nachtheiligen Wirkungen des Gesetzes auf den Weinbau einigermaßen ausgeglichen werden dürften. Der Steuerberechnung wird derjenige Werth zu Grunde gelegt, welchen der Wein beim Uebergange an den Kleinverkäufer und Verbraucher besitzt. Erfolgt dieser Uebergang, wie es die Regel ist, auf Grund eines Kaufgeschäfts, so findet der Werth in dem Kaufpreise seinen Ausdruck; der Entwurf geht deshalb davon aus, daß es in den weitaus meisten Fällen genügen wird, die Abgabe nach Procenten des declarirten Kaufpreises zu erheben. Die nöthigen steuerlichen Controlmaßregeln bezwecken, sämmtliche Verkehrsacte, an welche die Steuerpflicht geknüpft ist, zur Kenntniß der Steuerbehörden zu bringen. Sie beschränken sich — abgesehen von besonderen Vorschriften für die Schaumwein- und Kunstweinfabrikation — im Wesentlichen darauf, die gesammte Weinbewegung mit einer Transportcontrole zu erfassen.

Als muthmaßliches Ergebniß der Weinsteuer wird ein Ertrag von etwa 17,2 Millionen Mark berechnet. Hiervon würde der Naturwein 12,7 Millionen Mark, der Schaumwein 4,5 Millionen Mark bringen; vom Kunstwein wird kein erheblicher Ertrag erwartet. Rechnet man die Erhebungskosten auf 15 pCt., was reichlich erscheint, so würde sich ein Nettoertrag von etwa 15 Millionen Mark ergeben.

Streit im socialdemokratischen Lager.

Die Spaltung, die in der Socialdemokratie wegen der Gewerkschaften ausgebrochen ist, nimmt größere Ausdehnung an. Schon im Anfang der socialdemokratischen Bewegung war einmal ein großer Streit über die Gewerkschaften. Die alten Lassalleaner verwarfen die Organisation der Arbeiter nach Berufsgruppen, weil sie darin eine Schädigung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins sahen, durch den der Massentritt der Arbeiterbataillone hergestellt werden sollte. Dagegen warfen sich die Eisenacher (Bebel, Liebknecht) mit Eifer auf die Gründung der Gewerkschaften. Jetzt hat sich die Sache umgedreht; Bebel, Liebknecht, Auer u. s. w. treten zwar nicht gerade als Gegner der Gewerkschaftsbewegung auf, sie verlangen aber, daß jeder Socialdemokrat vor Allem organisirter Parteigenosse, steuerndes Mitglied der allgemeinen Parteiorganisation, sein soll und daß die Gewerkschaften nur als untergeordnete Hilfstruppe zu gelten hätten, durch die um alles in der Welt nicht der Gedanke an allmähliche Besserung der Lage der Arbeiter aufkommen dürfe.

In diesem Sinne war namentlich Auer dem Führer der Gewerkschaften Legien auf dem Kölner Tage entgegengetreten. Wie jeder Streit bei den Socialdemokraten so artete auch dieser sofort in persönliche Verunglimpfungen aus. Die Behandlung von oben herab wollen sich aber die Gewerkschaftler nicht gefallen lassen und auch Bebel ist es nicht gelungen, die aufgeregten Wogen zu besänftigen. So muß er sich jetzt von dem Hamburger Genossen v. Elm im „Vorwärts" sagen lassen, daß sein großer Fehler sei, Widerspruch überhaupt nicht vertragen zu können, daß er blind darauf los wüthe und nur persönliche Angriffe vorbringe, daß es viele Parteigenossen gebe, die Bebels Prophetengabe anzweifelten — ein recht scharfer Stich — und daß er Parteigenossen, die anderer Meinung seien, in schnöder Weise herunterhunze. Beweist das die Schärfe, welche die Gegensätze bereits angenommen haben, so ist in sachlicher Hinsicht die Bemerkung Elms sehr interessant, daß der Sieg der englischen Grubenarbeiter „die Unhaltbarkeit aller Theorien von der Allmacht der Kapitalsconcentration" schlagend darlege. Denn auf dieser Marx'schen Theorie der Allmacht der Kapitalsconcentration beruht die ganze socialdemokratische Weisheit und gerade von ihr geht auch das Erfurter Programm der Socialdemokraten aus.

Es wäre sehr gut, wenn die Gewerkschaftsbewegung dahin führen sollte, daß die Unhaltbarkeit jener Lehre mehr und mehr von den Arbeitern erkannt würde. Bebel freilich hat schon auf dem internationalen Kongresse in Brüssel erklärt: „Die Wunden am Gesellschaftskörper müssen offen gehalten werden", und in Köln gab er die Parole aus: „Nicht allgemeine Menschenliebe, sondern allgemeiner Klassenkampf!"

Jeder besonnene Arbeiter hat hier wieder Gelegenheit, sich über das wahre Wesen der Socialdemokratie aufzuklären: keine Menschenliebe, keine Heilung der Wunden, sondern erbitterter Kampf und Verschärfung aller Interessengegensätze!

Die preußischen Sparkassen im Rechnungsjahre 1892 und 1892 93.

Die preußischen Sparkassen hatten seit 20 Jahren einen steigenden jährlichen Zuwachs an Einlagen aufzuweisen, bis er in den Jahren 1888 und 1889 die Höhe von 217 und 214 Millionen Mark erreichte. Diese beiden Jahre gehörten einer Periode aufsteigender wirthschaftlicher Entwickelung an. Seitdem hatte die Einlagebewegung nachgelassen, was besonders darin begründet war, daß, weil die großen Bestände der Sparkassen immer schwerer gewinnreich angelegt werden konnten, der Zinsfuß der Einlagen mehr nnd mehr herabgesetzt wurde Das Jahr 1890 brachte nur noch einen Einlagezuwachs von 180 Millionen Mark und im Jahre 1891 sank der Zuwachs auf 124 Millionen Mark. Der Ueberschuß der Einlagen über die Rückzahlungen betrug 1891 38 Millionen Mark, d. h. erheblich weniger als in den vorangegangenen 14 Jahren.

Nach den vorläufigen Ergebnissen für 1892 ist der Zuwachs der Einlagen wieder höher gestiegen und zwar auf 144 Millionen Mark. Der Zuwachs ist, wie die „Stat. Corr." hervorhebt, in sämmtlichen Ostprovinzen nur gering; sieht man von den zugeschriebenen Zinsen ab, so sind die zurückgezogenen Einlagen in Pommern größer als die Neueinlagen, in Posen und Schlesien fast eben so groß. Der Gesammtbetrag erreichte 3 547,65 Millionen Mark.

Auch die Zahl der Sparkassenbücher hat sich in stärkerem Maße vermehrt, nämlich um 198 489 (gegen 180 294 Stück im Vorjahre und 280 425 Stück im Jahre 1890). Die Zahl stieg im Ganzen auf 5 940 821, so daß auf rund 5 Köpfe der preußischen Bevölkerung ein Sparkassenbuch kommt. An der Vermehrung hatten sämmtliche Kontenklassen Antheil, den höchsten die Bücher mit Einlagen bis 60 Mark mit 4,42, nächstdem die mit mehr als 600 Mark mit 4,23 Hunderttheilen Zuwachs; erstere umfaßten 29,54, letztere 24,41 vom Hundert aller Bücher, während auf die Kontenklassen von über 60 bis 150, über 150 bis 300, über 300 bis 600 Mark 16,24, 14,31 und 15,50 Hunderttheile der Bücher kamen. Die Zahl der Sparer bleibt hinter der Zahl der Bücher zurück, weil manche Personen bei mehreren Sparkassen mehrere Bücher besitzen; um wieviel sie zurückbleibt, läßt sich nicht angeben.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Des Königs Majestät haben dem Vorstande des Helenen-Kinderheims zu Pyrmont durch Allerhöchster Ordre vom 13. v. Mts. die Erlaubniß zu ertheilen geruht, zu der ihm von dem Landesdirektor der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont gestatteten öffentlichen Ausspielung von goldenen und silbernen Gegenständen zum Besten der Anstalt auch in den Provinzen Westfalen, Rheinland, Hessen-Nassau, Hannover und Brandenburg, sowie im Stadtkreise Berlin Loose zu vertreiben. Zu dieser, im Laufe des nächsten Jahres zu veranstaltenden Lotterie dürfen 80 000 Loose zu je 1 Mark ausgegeben werden, während die Anzahl der Gewinne 2 058 beträgt im Gesammtwerthe von 40 000 Mark.

Der Minister des Innern hat dem Komitee für den vom 4. bis 7. Mai nächsten Jahres in Stettin stattfindenden Pferdemarkt die Erlaubniß ertheilt, bei dieser Gelegenheit eine öffentliche Verloosung von Wagen, Pferden, Pferdegeschirren 2c. zu veranstalten und die Loose — 400 000 Stück zu je 1 Mark — im ganzen Bereiche der Monarchie zu vertreiben.

Auskunft von Zoll- und Steuerbeamten.

In neuerer Zeit sind mehrfach von Zoll- und Steuerpflichtigen Ansprüche, ihnen die gezahlten Abgaben gänzlich oder theilweise zu erstatten oder sie von der geforderten Abgabe zu befreien, darauf gegründet worden, daß Zoll- oder Steuerbeamte unrichtige Auskunft ertheilt hätten. — Da es nun einerseits nicht richtig erscheint, derartige Ansprüche rundweg abzulehnen und die Steuerpflichtigen auf den Regreß an die Beamten zu verweisen, andererseits aber es auch unzulässig wäre, im Fall einer von Beamten ertheilten Auskunft stets eine Erstattung oder Ermäßigung der Abgabe eintreten zu lassen, so hat der Finanzminister unter dem 6. November Folgendes verfügt: Wenn auch den Zoll- und Steuerbeamten in keiner Weise zu versagen sei, auch über ihre Amtspflicht hinaus über ihren Geschäftskreis berührende Fragen dem Steuerpflichtigen nach bestem Wissen Auskunft zu geben, vielmehr es für den Dienst nur für ersprießlich erachtet werde, wenn die Steuerbeamten bei gehörig motivirten Anfragen ihren Rath ertheilten, so müsse dieses doch stets in einer solchen Form geschehen, daß dadurch jede Berufung auf den gewährten Rath ausgeschlossen und dem Steuerpflichtigen seine ungeachtet der erhaltenen Auskunft unverändert bestehen bleibende eigene Verantwortlichkeit für die Erfüllung der in den allgemeinen rechtsverbindlichen Vorschriften enthaltenen Bestimmungen ausdrücklich in Erinnerung gebracht werde.

Politische Tagesfragen.

Aus Ostafrika.

Einer dem Reichstage vorliegenden Denkschrift des Reichskanzlers entnehmen wir folgende Einzelheiten:

Der Karawanenverkehr im Innern des Schutzgebiets, besonders in den Landschaften Unjamwesi und Ugogo, hat im letzten Jahre durch kriegerische Ereignisse mehrfache Störungen erlitten, welche naturgemäß auf die Handelsbilanz nicht ohne Einfluß geblieben sind. Wenn auch zur Zeit in diesen Gebieten wieder friedliche Verhältnisse eingetreten sind, so ist doch eine dauernde starke Besatzung der wichtigsten Punkte an der Karawanenstraße unbedingt nothwendig, um in diesen von der Küste weit abgelegenen Gebieten Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Es besteht die Absicht, sobald hierzu verfügbare Mittel vorhanden sind, an der Karawanenstraße in gewissen Abständen Brunnen anzulegen und Lagerplätze für die Karawanen einzurichten, und zum Schutze gegen räuberische Ueberfälle seitens der Eingeborenen noch einige kleinere befestigte Posten in die Stationskette Tabora, Mpwapwa, Muhesa einzufügen. Gerade im Hinblick auf die steigende Handelskonkurrenz im Innern Ostafrikas erscheint die Sicherung und möglichste Förderung des Karawanenhandels schon im Interesse der Einwohner des Schutzgebiets dringend geboten.

Ueber den Kaffeebau berichtet die ostafrikanische Gesellschaft, daß auf den Kulturen in Derema und Nguelo im Hinterland von Tanga Ende August d. J. die etwa 160 000 Kaffeebäumchen sich in tadellosem Zustande befanden.

Auch die Baumwollplantagen sind in erfreulichem Fortschritt begriffen, der Leiter der Baumwollenpflanzung Kikognoe bei Pangani hofft bei günstigen Witterungsverhältnissen mindestens 200 Ballen Baumwolle auf den Markt zu bringen.

An Taback hat die deutsch-ostafrikanische Plantagengesellschaft bereits im Vorjahr auf der Plantage Lewa 116 Packen à 150 Pfund geerntet, in diesem Jahr hat sich der Tabackbau noch bedeutend gehoben.

Gegen den noch immer in vereinzelten Fällen, besonders im südlichen Theil des Schutzgebiets vorkommenden Sklavenschmuggel ist von Seiten der Behörden auch im letzten Jahre mit aller Energie und bestem Erfolge angekämpft worden. Aus den Berichten über die Thätigkeit des internationalen maritimen Büreaus in Sansibar, welches durch die Brüsseler Konferenz im Jahre 1889/90 zum Zweck wirksamer Bekämpfung des Sklavenhandels zur See ins Leben gerufen ist, geht hervor, daß sich unter den im letzten Jahre beschlagnahmten Sklavendhaus nur eine befand, welche Sklaven aus dem deutschen Schutzgebiet und zwar aus Kilwa ausgeführt hatte. Bei dem Verhör der betreffenden Sklavenhändler stellte es sich heraus, daß noch ein zweiter Transport von Sklaven in dem Orte Kikunia, unweit von der Rufijimündung, zurückgeblieben war. Durch rechtzeitige Benachrichtigung des Gouverneurs in Dar-es-Salâm und das Eingreifen S. M. Kreuzer „Schwalbe" gelang es, auch diese Sklaven zu befreien und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

Stand der jungen Saaten.

Die frühen, bereits im September und Anfang October dieses Jahres bestellten Wintersaaten haben sich, wie die „Stat. Corr." mittheilt, sehr kräftig entwickelt und kommen meist gesund und reich bestockt in den Winter. In einigen Gegenden haben jedoch die feuchtwarme Witterung und stärkere Niederschläge gegen Ende October vielfach den Roggen zu üppig sich entwickeln lassen und ein Ueberwachsen zur Folge gehabt, so daß derselbe, wo er nicht abgemäht wurde, bereits ein fahles, gelbes oder röthliches Aussehen annahm und deshalb zu der Besorgniß Anlaß gab, er werde — falls Schnee ohne vorangegangenen Frost fiele — ausfaulen. Spätere Saaten sind zumeist noch gut aufgegangen und zeigen einen schönen Stand; nur für die jüngsten, noch im Keimen begriffenen Einsaaten dürfte nach mehrfach geäußerter Ansicht der Frost nicht ohne nachtheilige Folgen geblieben sein.

Ueber den Stand der Kleefelder lauten auch jetzt die Berichte noch vielfach ungünstig. Ein großer Theil des im Frühjahre eingesäeten Klee's ist bei der Trockenheit des Sommers sehr spärlich aufgegangen oder wieder verschwunden, so daß allerwärts mehr oder minder große Flächen umgepflügt werden mußten. Die Klagen über die Beschädigung der Saaten durch Insecten und anderes Ungeziefer sind auch jetzt noch nicht verstummt. Frühsaaten haben in den verschiedensten Gegenden durch Drahtwürmer, die Maden der Frit- und Hessenfliege, durch Zwergcikaden, graue Maden, Raupen der Wintersaateule, Erdflöhe, Engerlinge, Schnecken und dergleichen gelitten; doch nur in wenigen Fällen hat der angerichtete Schaden einen solchen Umfang gewonnen, daß durch Nachsaat eine Verdichtung der gelichteten Stellen herbeigeführt werden mußte. Auch die Saatkrähe wird in den Bezirken Hildesheim, Arnsberg und Koblenz vereinzelt als Schädiger der Weizensaat genannt. Am meisten wird aber über die Zunahme der Mäuse und den durch diese in den Wintersaaten und dem jungen Klee verursachten Schaden geklagt. Einen ungewöhnlichen Umfang hat die Vermehrung dieser Nager in den Bezirken Stettin, Schleswig, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Osnabrück und Kassel, außerdem aber noch in einer ganzen Anzahl einzelner Kreise anderer Bezirke, erreicht, so daß unter Aufwand nicht unbedeutender Kosten zu ihrer Vertilgung durch Gift geschritten werden mußte. Nur in verhältnißmäßig wenigen Fällen ist bisher eine Abnahme erreicht worden; meist hofft man auf eine Vernichtung der Mäuse durch die anhaltende Nässe.

Bei Anwendung der Noten 1 (sehr gut), 2 (gut), 3 (mittel), 4 (gering), 5 (sehr gering) trägt Winterweizen die Nr. 2,1 (gegen 2,2 im October), Winterspelz 1,8 (gegen 1,8), Winterroggen 2,0 (gegen 2,1) und Klee 3,6 (gegen 3,6).

Personalien.

Der Regierungs-Assessor Dr. jur. Curtius ist bis auf Weiteres dem Landrathe des Kreises Mülheim a. d. Ruhr, Reg.-Bez. Düsseldorf, zur Hülfeleistung in den landräthlichen Geschäften zugetheilt worden.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Am 22. November traf

unser Kaiser

in Kiel ein, um der Vereidigung der Rekruten der Matrosen- und Werftdivision, des Seebataillons 2c. und einer Fahrt des Panzerschiffes „Brandenburg" beizuwohnen. Auch eine Abordnung der Provinz Brandenburg war zugegen, die eine Flagge für den neuen Hochseepanzer gestiftet hat. — Am Freitag früh fuhr der Kaiser mit dem Prinzen Heinrich zur Hofjagd nach Göhrde. — In einem Kaiserlichen Handschreiben an den Statthalter Fürsten Hohenlohe wird anerkennend der umsichtigen und praktischen Fürsorge der Landesverwaltung, sowie der hingebenden Thätigkeit der Gemeinden und landwirthschaftlichen Vereine in den Reichslanden zur Beseitigung des Streu- und Futtermangels gedacht.

Ueber eine Unterredung zwischen dem

Reichskanzler

und dem Abg. Freiherrn v. Manteuffel waren durchaus entstellte Angaben in Umlauf gesetzt worden. Der Reichskanzler sollte u. A. den Rath gegeben haben, die Landwirthe möchten 50 pCt. vom Preise ihrer Güter abschreiben 2c. Diese Gerüchte verfolgten die Tendenz, den Reichskanzler als einen übelwollenden Beurtheiler der Lage der Landwirthschaft hinzustellen. Der „Reichsanzeiger" hat nun den wesentlichen Inhalt der Unterredung mitgetheilt. Danach erklärte der Reichskanzler, daß die verbündeten Regierungen und die preußische Regierung bereit wären, für die Landwirthschaft zu thun, was sie könnten, und erwähnte bei dieser Gelegenheit z. B. die Novelle zum Gesetz über den Unterstützungswohnsitz und die Einrichtung von Landwirthschaftskammern in Preußen. Weiter bemerkte der Reichskanzler, daß er in der Verschuldung durch Erbtheilungen und in der zeitweise über den realen Werth hinausgegangenen Steigerung der Güterpreise einen wesentlichen Grund für die gegenwärtige Kalamität zu erkennen glaube. Zu stark verschuldete Besitzer würden sich auch unter Einschränkungen auf die Dauer nicht halten können.

Ueber das

Hinterland von Kamerun

ist zwischen Deutschland und England ein neues Abkommen abgeschlossen worden, das zwar den Ort Yola am Benue, der den Engländern im

Jahre 1885 in einem Vertrage überlassen worden war, im englischen Besitz lassen mußte, aber für Deutschland das Südufer des Tschadsees vom 14. Breitengrade an mit der ganzen Mündung des Schariflusses sichert. Mit diesem Erfolge unserer auswärtigen Politik ist eine Streitfrage aus der Welt geschafft, welche geeignet war, die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien zu trüben. Offen steht nur noch die Grenze gegen Osten Frankreich gegenüber. Gegen Süden ist sie durch das Abkommen mit Frankreich vom 24. Dezember 1885 gesichert. Denn danach können nördlich von der damals bis zum 15. Grad vereinbarten Grenzlinie Seitens Frankreichs politische Aktionen nicht geübt werden. An dieser Verpflichtung Frankreichs wird unter allen Umständen festzuhalten sein.

Auf Wunsch des Centrums war die erste Lesung der

Handelsverträge

mit Rumänien, Serbien und Spanien vom Reichstage nicht schon für den Montag sondern erst auf den 23. November beschlossen worden. Die Verhandlung begann mit einem lebhaften Angriff des conservativen Abg. Grafen von Limburg-Stirum auf die neuere Handelspolitik. Indessen ließ sich der Redner auf eine sachliche Beweisführung nicht ein, sondern sprach mehr im Allgemeinen über Fehler, die gemacht worden seien. Ihm wurde von dem Staatssecretär des Auswärtigen Amts Freiherrn von Marschall, der übrigens in seiner früheren parlamentarischen Laufbahn selbst zu den Führern der conservativen Partei zählte, aufs eingehendste unter Vorführung eines reichen sachlichen Materials erwidert. In der That ist es merkwürdig, daß bei den Klagen wider die bestehenden Handelsverträge gar kein Zahlenmaterial beigebracht wird, was doch das allerwichtigste bei solchen Angriffen sein würde. Nichts ist leichter — so führte Freiherr von Marschall aus — als auf Grund einzelner Klagen Sturm zu laufen gegen ein großes Vertragswerk und sich auf die Stimmung im Lande zu berufen, nachdem man anderthalb Jahre bemüht gewesen ist, diese Stimmung hervorzurufen. Bis 1887 hatten wir eine active Handelsbilanz; das hat sich geändert, 1888 hatten wir schon eine Unterbilanz von 824 Millionen, 1891 eine solche von 935 Millionen, und sie stieg in wenigen Jahren um weitere 90 Millionen. Da hieß es bekanntlich, nun hat unsere Handelspolitik gründlich Fiasko gemacht. In den ersten 9 Monaten dieses Jahres dagegen verminderte sich die Einfuhr nach Deutschland um 50 Millionen und vermehrte sich die Ausfuhr um 186 Millionen, während in Frankreich die Ausfuhr sich um 93 Millionen gegen das Vorjahr verminderte. Speziell hat unsere Ausfuhr nach Oesterreich dauernd zugenommen, während sich umgekehrt Stillstand zeigte und die Einfuhr österreichisch-ungarischen Getreides sogar stetig abgenommen hat. Hätten wir 1891/92, statt uns durch Handelsverträge die Stetigkeit des wirthschaftlichen Verkehrs zu sichern, eine Kampfstellung eingenommen, wie jetzt hinterdrein mannigfach verlangt worden ist, so wäre damit an Stelle des Meistbegünstigungssystems ein Meistbeschädigungssystem unter schweren Opfern für unser ohnehin unter den Folgen einer Ueberproduktion auf dem Weltmarkte leidendes Erwerbsleben getreten. — Vom ersten Verhandlungstage ist noch besonders bemerkenswerth, daß der Centrumsredner Dr. Lieber die bestehenden Handelsverträge als Großthat der neuen Aera bezeichnete, an der mitgewirkt zu haben, das Centrum stolz sei. Indessen müssen die Einzelheiten der neuen Verträge in der Commission genau geprüft werden. — Am Freitag wurde die erste Berathung fortgesetzt.

Aus dem Auslande.

In Graz ist am 17. November der

Prinz Alexander von Battenberg,

der frühere Fürst von Bulgarien, an einer Bauchfellentzündung gestorben. Der plötzliche Tod des erst 36 jährigen Prinzen hat allgemeine Theilnahme erregt, und die Ereignisse, die mit seiner Person zusammenhängen, wieder lebhaft ins Gedächtniß zurückgerufen. Prinz Alexander war hessischer Dragonerofficier und trat nach dem russisch-türkischen Kriege, an dem er Theil genommen hatte, im Jahre 1878 in das preußische Gardes du Corps-Regiment ein. Im darauffolgenden Jahre ging er dann nach Bulgarien, wo er bis zum Jahre 1886 die Regierung geführt hat. Im Jahre 1885 führte er den siegreichen Novemberfeldzug gegen Serbien, in Folge dessen Ostrumelien mit dem Fürstenthum Bulgarien vereinigt wurde; am 17. November war die Hauptschlacht bei Slivnitza. Im Jahre 1886 erfolgte dann das Attentat gegen ihn, durch das er gefangen genommen und nach Rußland transportirt wurde. Als dies aber im bulgarischen Volke bekannt wurde, erhob sich solcher Sturm der Entrüstung, daß Fürst Alexander es wagte, nach Sofia zurückzukehren. An den Zaren schrieb er einen Brief; da dieser Schritt aber erfolglos blieb, dankte er ab. Im Jahre 1889 verheirathete er sich mit einer Sängerin Johanna Loisinger. Als Graf Hartenau trat er in österreichische Dienste, indem er zunächst Oberst eines Kavallerieregiments und dann Brigadegeneral wurde. Sein plötzlicher Tod nach ganz kurzer Krankheit erfolgte am Jahrestage von Slivnitza. — Von vielen Seiten sind Beweise herzlicher Theilnahme gekommen, Prinz Ferdinand von Bulgarien und der Ministerpräsident Stambulow, sowie viele andere Fürstlichkeiten, so auch die Königin Victoria und die Kaiserin Friedrich haben Blumenspenden gesandt. Auch in der bulgarischen Sobranje widmete Stambulow dem Andenken des Fürsten warme Worte. — Das Leichenbegängniß fand am Montag unter großer Betheiligung statt. Die Leiche soll nach Bulgarien übergeführt worden.

In **Oesterreich**

hat sich das Koalitionscabinet Windischgrätz mit seiner Erklärung recht glücklich eingeführt. Das Regierungsprogramm verlangt die zeitweilige Zurückstellung aller politischen Fragen zu Gunsten der finanziellen, wirthschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben. Die nächste politische Frage ist die Wahlreform, ihre Lösung soll auf der Grundlage der geltenden Verfassung, im Rahmen der Interessenvertretung erfolgen. Zunächst ist es anscheinend nicht auf die Schaffung des allgemeinen Stimmrechts abgesehen, sondern nur auf eine „wesentliche Ausdehnung des Wahlrechts unter Heranziehung der bisher vom Stimmrecht ausgeschlossenen Volksschichten, insbesondere der Arbeiter"; dabei soll verständigerweise „das bisherige Schwergewicht der politischen Rechte des Bürger- und Bauernstandes" gesichert werden. Die Erklärung fand bei den drei großen politischen Parteien, aus denen das Ministerium hervorgegangen ist, die freundlichste Aufnahme.

In der **französischen**

Kammer wurde bei der definitiven Wahl am Sonnabend Casimir Perier mit 333 von 419 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt. Am Dienstag verlas der Ministerpräsident Dupuy eine längere Erklärung des Ministeriums, in der es heißt, die Regierung werde die auf Verfassungsrevision gerichteten Bestrebungen, die Trennung der Kirche vom Staate, die Abänderung des Wahlmodus, die Einführung einer einheitlichen, inquisitorischen und progressiven Besteuerung bekämpfen. Dann wird scharf Stellung gegen die Socialdemokraten genommen und eine Reihe socialpolitischer Gesetze in Aussicht gestellt. Auch die „unvergeßlichen Octoberfeste" werden erwähnt. Schließlich wird die Kammer aufgefordert, deutlich zu erklären, ob das Kabinet ihr Vertrauen besitze. Die Berathung wurde vertagt. — In Marseille ist ein anarchistisches Dynamitattentat gegen das Kommandanturgebäude verübt worden, durch das aber glücklicher Weise nur unbedeutender Schaden an Material angerichtet ist. Die Blätter verlangen ein energisches Vorgehen gegen die Anarchisten. Eine Anzahl Personen ist verhaftet worden.

In **England**

ist der Vergleich zwischen den Bergarbeitern und Grubenbesitzern nach vier Monate langem Kampf zu Stande gekommen. Die Grubenbesitzer hatten seiner Zeit die Löhne um 15 Procent herabgesetzt, die Arbeiter hatten sich dem widersetzt. Nun steht der Winter vor der Thür und auf beiden Seiten war das dringende Bedürfniß vorhanden, die Arbeit wieder aufzunehmen. So ist denn beschlossen, die alten Löhne bis zum 1. Februar wieder gelten zu lassen. Was dann kommt, muß abgewartet werden.

In **Italien**

hat der Ministerrath nach einer Meldung der „Agenzia Stefani" am Freitag beschlossen, dem Könige seine Entlassung zu überreichen. Wenngleich von manchen Seiten die Situation für kritisch gehalten wurde, so wirkt diese Meldung doch überraschend.

Der **spanisch-marokkanische**

Conflict steht noch auf demselben Punkt, der Sultan von Marokko meldet zwar in einem Brief an den spanischen Gesandten in Tanger, er habe die Riffkabylen aufgefordert, die Waffen niederzulegen, doch liegen sich die feindlichen Parteien immer noch kampfbereit gegenüber und liefern sich Feuergefechte.

Die **brasilische**

Revolution dauert unverändert fort, es wird viel Pulver verschossen und viel Schaden an Material angerichtet. In Nictheroy sind durch ein neueres Bombardement 300 Häuser zerstört und mehrere hundert beschädigt. Von den 37 000 Einwohnern sind mehrere hundert getödtet worden, gegen 30 000 haben den Ort verlassen. Andererseits soll ein Monitor der Insurgenten in den Grund geschossen sein.

Verantwortl. Herausgeber: Dr. jur. O. Hammann, Berlin W., Mauerstr. 45.46. — Im Selbstverlage d. Herausgebers. — Druck: W. Moeser Hofbuchdruckerei, Berlin, Stallschreiberstr. 34.35.